

Vivien Kuhnke: Die Tuberkulose- und Geschlechtskrankenfürsorge in Mecklenburg 1924-1945

Die Tuberkulose und die Geschlechtskrankheiten galten nicht nur als medizinische, sondern zugleich auch als gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Herausforderungen und wurden folglich nicht mehr als persönliche Angelegenheit des Kranken selbst gesehen, sondern als ein Problem des Staates.

Aufgrund der Entwicklung des Staates zum Wohlfahrtsstaat wurden die Aufgaben im Bereich der Fürsorge und der Medizin vermehrt von dazu geschaffenen Behörden übernommen. Bis 1933 waren diese Aufgaben jedoch nicht auf der zentralen Reichsebene, sondern föderal auf verschiedene Institutionen innerhalb der Länder, der Provinzen, der Kreise, der Städte sowie auch auf Vereine, Organisationen und Versicherungsträger verteilt. Die Fürsorge war somit nicht zentral organisiert und erhielt aufgrund ihrer Desorganisation und Kostspieligkeit innerhalb der Gesundheitsfürsorgearbeit bereits in den zwanziger Jahren viel Kritik. Zum Ende der Weimarer Republik wurde über eine Vereinheitlichung der Organisation von Gesundheitsleistungen nachgedacht, die die Nationalsozialisten 1934 mit dem „Gesetz zur Vereinheitlichung des Gesundheitswesens“ umsetzten.

Das Dissertationsvorhaben soll gesundheitspolitische Umbrüche in unterschiedlichen politischen Systemen thematisieren und Auswirkungen auf die Tuberkulose- und Geschlechtskrankenfürsorge untersuchen. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Fürsorge von der Zeit der Weimarer Republik bis zur Zeit des Nationalsozialismus hinsichtlich ihrer Organisation und Verwaltung veränderte. Ziel der Arbeit ist es, die Tuberkulose- und Geschlechtskrankenfürsorge in Mecklenburg über einen längeren Zeitraum zu analysieren, sowie Kontinuitäten, Brüche und ihre möglichen Faktoren darzustellen. Im Zuge der Untersuchung soll ersichtlich werden, dass der Umgang mit Tuberkulose- und Geschlechtskranken durchaus von den politischen Verhältnissen abhing.

Aufgrund der omnipräsenten Angst vor einer Ansteckung und der geringen Aussichten auf Heilung beschäftigten sich die Zeitgenossen sehr intensiv mit diesen Infektionskrankheiten. Dies spiegelt sich in einer Vielzahl zeitgenössischer Veröffentlichungen wider. Gedruckte und ungedruckte Quellen lassen sich in Publikationen, Verwaltungsakten der Institutionen, die an der Fürsorgepolitik beteiligt waren, Gesetzestexte, Vereinsnachrichten, Merkblätter zur Bekämpfung der Infektionskrankheiten sowie Zeitungsartikel unterteilen.

Um zentral erlassene Gesetze und Verordnungen der Krankheitsbekämpfungen und Ausführungsbestimmungen nachvollziehen zu können, sollen die im Bundesarchiv aufbewahrten Akten des Deutschen Gemeindetages zur Gesundheitsfürsorge für den Zeitraum

1924-1945 untersucht werden. Grundlage der Arbeit zum Fürsorgewesen in Mecklenburg wird die Analyse der Verwaltungsakten der einzelnen Wohlfahrts- bzw. Fürsorgeämter in den jeweiligen Städten und Landkreisen sein.